

Liechtenstein.

Im Fürstentum Liechtenstein ist eine Zählung der vorhandenen Kronen vorgenommen worden, die durch eine 26stündige vollständige Grenzsperre erleichtert wurde. Die gelungene Geheimhaltung der beabsichtigten Grenzsperre hat jedenfalls einen Zustrom größerer Notenmengen aus Oesterreich und aus der Schweiz verhindert. In den Gemeinden wurden 8,600,000 Kronen gezählt, mit den Kassabeständen der Regierung, der Sparkasse und der Rentenkasse erhöht sich das Ergebnis auf rund 11,000,000 Kronen. Das ist auf den Kopf in Liechtenstein etwa 1100 Kronen in Noten. Die Währungsanierung beschäftigt die liechtensteinische Regierung sehr stark. Es steht noch nicht fest, ob man eine liechtensteinische Krone oder einen liechtensteinischen Franken schaffen, oder den Schweizerfranken einführen soll. Jedenfalls ist aber eine Bank notwendig, um die mit der Währungsänderung verbundenen Arbeiten durchzuführen. Mehrere Wiener Banken liegen in scharfer Konkurrenz um diese Bankkonzession. Eine holländisch-schweizerisch-österreichische Bankengruppe unter Führung der Anglobank, die österreichische Handels- und Industriebank und die Zentralbank der deutschen Sparkassen in Wien bewerben sich darum. Mit den zwei Erstgenannten haben vor kurzem in Wien Verhandlungen stattgefunden, die demnächst in Liechtenstein selbst weitergeführt werden. Die Frankenwährung bürgert sich von selbst ein, da die Nahrungsmittel nur für Franken zu haben sind und fast alle Handwerker nur gegen Franken arbeiten. Auch die Hebammen haben ja sogar erklärt, daß sie nur noch gegen Frankenwährung ihres Amtes walten. Die fürstliche Regierung sah sich genötigt, den Staatsangestellten einen Zuschuß zu gewähren, der bei Ledigen 50, bei Verheirateten 70 und für jedes unversorgte Kind acht Franken monatlich beträgt. Eine Versammlung in Vaduz hat beschlossen, die Regierung solle dafür sorgen, daß der Grenzübertritt der Liechtensteiner Arbeiter in die Schweiz erleichtert werde, so daß man längere Zeit sich an entfernteren Orten aufhalten könne. Sodann müsse dafür gesorgt werden, daß die zurzeit Arbeitslosen im Lande Beschäftigung erhalten und zwar „gegen Bezahlung mit gutem Geld.“ Weiter seien das Lavenatwerk und die beschlossenen Straßen in Angriff zu nehmen.